

Attac-Rede zum 1. September 2003

Von Claudia Wangerin

Im vergangenen Frühjahr erlebte die Antikriegsbewegung einen Aufschwung, den sich viele von uns nicht mehr erhofft hatten. Menschen jeden Alters politisierten sich neu oder nahmen zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder an einer Demonstration teil. Bemerkenswert war der hohe Anteil Jugendlicher auch an der inhaltlichen und organisatorischen Friedensarbeit. In den letzten Wochen vor dem Irak-Krieg war die politische Wachsamkeit in fast allen Bevölkerungsgruppen höher als die meisten von uns je zuvor erlebt hatten. Die niederen Beweggründe des Aggressors – und auch dessen Name und Anschrift – waren plötzlich auch den vermeintlich unpolitischen Nachbarn und Arbeitskollegen bekannt.

Warum? – Noch nie seit 1945 haben an so vielen Orten auf der Welt gleichzeitig kriegerische Auseinandersetzungen stattgefunden wie in den vergangenen Jahren seit 1990; die meisten dieser Kriege wurden von der deutschen Öffentlichkeit nicht oder fast nicht wahrgenommen. Es ist mittlerweile kaum noch üblich, einen Krieg als solchen zu bezeichnen, wenn man selbst aktiv darin verwickelt ist und die Gefahr für die eigenen Soldaten oder die räumliche Nähe zum Schlachtfeld keinen Raum für die Verdrängung aus dem Bewusstsein der Massen mehr bietet. Während die US-Administration es sich leisten kann, in vergleichsweise ehrlicher Arroganz von „Präventivschlägen“ oder „Präventivkrieg“ zu sprechen, heißt es auf Deutsch seit 1999 „humanitäre Mission“. Gemeint ist in beiden Fällen eine militaristische Außenpolitik, die nicht davor zurückschreckt, die eigenen, spätkapitalistischen Vorstellungen von Freiheit notfalls auch in die gegnerische Zivilbevölkerung hineinzuprügeln – oder sie Nacht für Nacht mit einem Bombenteppich zu überziehen. Der nach wie vor amtierende US-Präsident Bush, der für sich in Anspruch nimmt, erleuchtet worden zu sein, hat den fatalen Fehler gemacht, die Propaganda für den Irak-Krieg zu plump zu gestalten und der Weltöffentlichkeit zu viel Zeit zum Nachdenken zu geben - zu viele Waffeninspektoren wurden unter reger Beteiligung der Massenmedien in den Irak geschickt, um kühne Behauptungen zu beweisen und kehrten erfolglos zurück. Die Propagandaschlacht war im Grunde verloren als der Krieg begann - die dreiste Missachtung des Willens der Mehrheit auf unserem Planeten wurde offenkundig. Es ist wohl wahr, dass die mächtigsten Männer der Welt noch nie so wenig Ansehen hatten wie in diesen Wochen. In diesem Punkt hätten sie allerdings von deutschen Politikern lernen können:

mit dem Kosovo-Krieg ist ausgerechnet der rot-grünen Bundesregierung gelungen, wovon ihre Vorgänger nur im Hinterzimmer träumen konnten: der erste Angriffskrieg mit aktiver Beteiligung Deutschlands gegen einen souveränen Staat seit 1945. Hiermit wurde ausgerechnet von ehemaligen „Freiheitskämpfern“ und Steineschmeißern, die dem diskreten Charme der Bourgeoisie erlegen sind, der entscheidende Tabubruch für künftige deutsche Angriffskriege vollzogen. Die abenteuerlichen Lügen, mit denen dieser Krieg der deutschen Öffentlichkeit als humanitäre Mission verkauft worden war, hielten einer sauberen Recherche nicht stand. Ein angebliches KZ für kosovo-albanische Freiheitskämpfer in einem Fußballstadion, dass Außenminister Fischer zu seinem unsäglichen Holocaust-Vergleich mit der Parole „nie wieder Auschwitz“ veranlasst hatte, entpuppte sich wenige Monate später nach Augenzeugenberichten als glatte Erfindung. Doch der Dokumentarfilm „es begann mit einer Lüge“, der zu schlechten Sendezeiten immerhin mehrmals im deutschen Fernsehen lief, hatte leider keinen „Aufstand der Anständigen“ zur Folge. Seither schreitet die Militarisierung der deutschen Außenpolitik im Windschatten des von der US-Regierung ausgerufenen sogenannten Anti-Terror-Krieges auch von der deutschen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt voran:

Dass beispielsweise die Bevölkerung im Kongo schon seit Jahrzehnten unter Krieg und Bürgerkrieg zu leiden hat (wie in anderen afrikanischen Ländern auch; wen wundert es nach 500 Jahren Kolonialismus) war vor einigen Wochen plötzlich ein Grund, sich militärisch einzumischen und wieder mal den Frieden des weißen Mannes über sie zu bringen – was noch nie funktioniert hat; aber macht ja nichts, denn kaum eine/r hat es hierzulande überhaupt bemerkt.

Anfang 2003 befanden sich bereits 10.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz außerhalb der NATO-Staatsgrenzen: in Kuwait, Kenia, Djibuti, am Golf von Aden, im südlichen Roten Meer, entlang der Küste von Somalia, in Usbekistan, in Oman und – last, but not least – dem deutschen Protektorat im Kosovo. Laut Verteidigungsminister Struck wird die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt. Zur Erinnerung: für den Afghanistan-Einsatz hat sich Kanzler Schröder reglerecht als Trittbrettfahrer aufgedrängt – mit der Behauptung, die USA hätten seine Unterstützung angefordert. Hatten sie damals noch gar nicht.

Im Bundeshaushalt beträgt der Verteidigungsetat 24,4 Milliarden Euro; er soll auch weiterhin der drittgrößte Ausgabeposten des Bundeshaushalts bleiben. Es ist nicht schwer zu raten, auf wessen Kosten: vielen von uns werden im Alter keine Zähne mehr zugestanden – aber um der lieben Freiheit Willen muss dieser Staat sich bis an die Zähne bewaffnen.

Seit Anfang 2001 dürfen auch Frauen im Ernstfall außerhalb unserer Staatsgrenzen für die freiheitliche Grundordnung morden – was von bürgerlichen Feministinnen als Erfolg der nicht wirklich vorhandenen Frauenbewegung gefeiert wurde. Die ökonomische Ausbeutung anderer Völker und Frauen militärisch abzusichern ist seither in unserem Land nicht mehr den Männern vorbehalten. Eine Armee, die von hochdekorierten ehemaligen Nazioffizieren aufgebaut wurde, nutzt hier gezielt die oft sehr frustrierende Lage junger Frauen auf dem Arbeitsmarkt aus, um sich einen fortschrittlichen Anstrich zu geben.

Noch in diesem Jahr soll eine EU-Eingreiftruppe mit 60.000 Soldatinnen und Soldaten einsatzbereit sein. Während die Versorgungstätigkeiten für die Bundeswehr durch „Outsourcing“ in den Zivilbereich verlagert werden, sind es die tötungsbereiten sogenannten „Krisenreaktionskräfte“ für Auslandseinsätze, die künftig die eigentliche Truppe darstellen. Die Umstrukturierung der Bundeswehr zur Interventionsarmee dient der Sicherung sogenannter „vitaler Interessen“ - also der Sicherung von Rohstoffen - rund um den Globus.

Die Wirtschaftsordnung in Deutschland funktioniert nach denselben Prinzipien wie die der USA, die unterschiedliche Haltung bezüglich bewaffneter Konflikte zur Absicherung der eigenen Interessen besteht heute nur scheinbar; die Interessen sind, so lange das Wirtschaftssystem das ist, was es ist, absolut die gleichen - was leider nicht heißt dass sie niemals gegeneinander stehen könnten.

Bis zum Jahr 2015 sind von der Bundesregierung Waffenkäufe im Wert von mindestens 76 Milliarden Euro geplant, um künftig auch unabhängig von den USA militärisch agieren zu können. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, was dies bei knapper werdenden natürlichen Ressourcen und sich dadurch weltweit erhaltenden Verteilungskämpfen bedeutet: es geht hier um nichts Geringeres als um die Neuaufteilung der Welt. Zumal das schönfärbisch als „freie Marktwirtschaft“ bezeichnete kapitalistische System von gewollter, sogar künstlicher Verknappung lebt und kein Interesse an der optimalen, menschenfreundlichen Nutzung von erneuerbaren Energien hat - während Krieg im wahrsten Sinne des Wortes ein Bombengeschäft in diesem System ist.

Das Ende des kalten Krieges, das uns vor dreizehn Jahren als Ende der Geschichte verkauft wurde, hat leider nicht zum Frieden geführt. Viele von uns sind mit der Angst vor einer Konfrontation zwischen zwei hochgerüsteten Atommächten aufgewachsen – und wir sehnen uns nicht nach dieser begründeten Angst zurück. Mehr als einmal stand die Welt am Rande eines Abgrunds; das bekannteste Beispiel ist wohl die Cuba-Krise von 1962. Doch in den letzten Jahren ist die Situation keineswegs friedlicher, sondern nur unübersichtlicher und an vielen Orten der Welt kriegerischer geworden: mit dem Zusammenbruch und Ausverkauf der Sowjetunion und ihrer Verbündeten haben wir ein Gegengewicht verloren, das es immerhin zwei Generationen erlaubt hat im Frieden aufzuwachsen. Wir müssen nicht darüber streiten, dass die realsozialistischen Gesellschaften keine befreiten Gesellschaften in unserem Sinn waren. Aber ein Teil der Menschheit war in diesem nichtkapitalistischen Block immerhin der zerstörerischen Logik der totalen Konkurrenz entzogen (oder von ihr ausgeschlossen, um dem bürgerlichen Freiheitsbegriff die Ehre zu geben) die nach seinem Zusammenbruch vielerorts zu Krieg, Vertreibung und „ethnischer Säuberung“ geführt hat.

Das Scheitern dieses ersten Versuchs eine andere Welt zu schaffen hat uns im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen weltweit in eine brandgefährliche Situation gebracht. Die Produktivkräfte – auf einem Entwicklungsstand, der heute bei sinnvoller Nutzung jedem einzelnen Menschen ein schönes Leben gewährleisten könnte – werden bei gleichzeitigem weltweiten sozialen Rückschritt zu Destruktivkräften. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern Bedingung, wenn es überhaupt weitergehen soll – denn das Recht des Stärkeren, das in der faschistischen Ideologie vom Tierreich auf den Menschen übertragen wird, ist wieder weltpolitische Realität geworden. Dieser gesellschaftliche Rückschritt ist mit dem unaufhaltsamen technischen Fortschritt für den Weltfrieden unvereinbar. Es gibt in der Geschichte keinen Stillstand, denn dieser Stillstand könnte nicht erfolgreich gegen den Rückschritt verteidigt werden – und Rückschritt bedeutet eine zunehmende mittelalterliche Raubrittermentalität bei technisch bestens ausgerüsteten Atomwaffenbesitzern. Es gibt also keine Alternative zu einem weiteren Versuch, diese Welt zu verändern – es ist so, wie eine sehr junge Rednerin auf einer der Schülerdemonstrationen gegen den Irak-Krieg es treffend gesagt hat: wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, der will nicht dass sie bleibt.

Vor Allem kommt es darauf an, nicht zur Tagesordnung überzugehen, weil *ein* Krieg, der von denen, die ihn geführt haben, ganz offen als erste Schlacht in einem großen „Anti-Terror-Krieg“ bezeichnet wird, ja offiziell schon längst beendet ist. Dass das nicht ganz den Tatsachen entspricht, wissen amerikanische Soldatenmütter fast genau so gut wie die irakische Zivilbevölkerung. Während die US-Administration im Irak weiterhin mit einem Guerillakrieg konfrontiert ist, droht sie jeden Tag unverhohlener (sowohl abwechselnd als auch gleichzeitig) in Richtung Iran und Nordkorea. Hier sind die USA ausdrücklich nicht bereit, über einen Nichtangriffspakt als Voraussetzung für den Abbau von Atomanlagen zu verhandeln – während ihre eigenen Massenvernichtungswaffen natürlich nicht zur Disposition stehen. Gleichzeitig werden die Schrecken eines Atomkrieges durch den mit größter Selbstverständlichkeit offen angekündigten „taktischen“ Einsatz von Mini-Atombomben vor der Öffentlichkeit relativiert.

Doch wir sind nicht nur hier, um die Zukunft in den schwärzesten Farben zu malen – denn sie liegt nicht zuletzt auch in unserer Hand. Dass am 15. Februar weltweit von Millionen Menschen gleichzeitig gegen den Krieg demonstriert, und in einigen Ländern sogar massenhaft gestreikt wurde, ist für uns mehr als ein Lichtblick. Der bestens ineinandergreifende Widerstand von Gewerkschaften, linken Gruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Italien könnte für uns eine Quelle der Inspiration sein. Das Wichtigste ist momentan, nicht zu vergessen, dass Krieg auch stattfindet, wenn die Medien uns nicht jeden Tag darüber berichten und dass die Besetzung anderer Länder nicht dadurch zu entschuldigen ist, dass sie jetzt schon Monate (wie die Besetzung des Irak) oder Jahre (wie die Besetzung des Kosovo) andauert. Das sollten wir uns und Anderen jeden Tag bewusst machen, damit wir auch nächstes Jahr – z.B. anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz – wieder möglichst viele Menschen gegen Krieg und Besetzung auf die Strasse bringen.